

Bezugpreis: Vierteljahr 2.- M., monatl. 1.- M., ...

Anzeigenpreis: Die abgedruckte Komparativtafel ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 22. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Generaloffensive gegen Sowjet-Rußland.

General Judenitsch in Schweden. Aus London wird gemeldet: General Judenitsch ist in Schweden eingetroffen. ...

Teilweise Arbeitsaufnahme in Oberschlesien. Bei den Streikenden macht sich eine starke Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar. ...

Der Kampf um die Betriebsräte

Nach der ersten Lesung. Die Nationalversammlung hat gestern noch die erste Lesung des Betriebsrätegesetzes vorgenommen. ...

Blockade Rußlands durch die Alliierten.

Einschränkung des deutschen Handels durch Rußland. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Alliierte Rat hat beschlossen, die Neutralen zur Mitwirkung für die wirtschaftliche Isolierung der russischen Sowjet-Republik einzuladen. ...

Die militärische Lage.

Heutes, 22. August. Abschnitt b. Im Raume nördlich der Linie Emanuel-Segen-Gieselerwald-Ryslowitz ist das Gelände gesichert und dort alles ruhig. ...

Amerikanische Kritik der persischen Schiebung.

Laut „Allgemein Handelsblatt“ wird der englisch-persische Vertrag auch in Amerika kritisiert. In der Senatsschritte wurden englisch-amerikanische Gefühle zum Ausdruck gebracht. ...

Aus dem „befreiten“ Elsaß.

Verhaftung der Streikführer anlässlich des Besuchs Poincarés. Nach einer Meldung schweizerischer Blätter aus St. Ludwig im Elsaß wurden wegen des Generalstreiks im Elsaß die Empfangsfestlichkeiten für Poincaré ganz erheblich eingeschränkt. ...

Die Streiks im Ausland.

Einigung der englischen Eisenbahner mit der Regierung. Die Konferenz zwischen der Regierung und den Führern der Eisenbahnarbeiter führte zu einer Beilegung des bestehenden Konflikts. ...

Deutsch-Westungarn und die Entente.

Nach einer Meldung des „Echo“ aus Paris hat der Kaiser rat beschlossen, auf die Note des Staatskanzlers Renner wegen der Besetzung der deutschsprachigen Gebiete Westungarns durch Österreich nicht zu antworten. ...

Der belgische Eisenbahnerstreik abgewendet.

Im Verlauf einer Interpellation im belgischen Senat über die Haltung der Regierung gegenüber der Streikdrohung der belgischen Eisenbahner wurde mitgeteilt, daß der neue Lohnvertrag am 1. Oktober in Kraft trete. ...

Die Stärke der ungarischen Armee.

Der Oberste Rat der Alliierten soll bei der Durchberatung der Klauseln für Ungarn die künftige Stärke der ungarischen Armee auf 18000 Mann festgesetzt haben.

Amerika gegen Einwanderung.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, demzufolge der Einwanderungsausschuß ermächtigt wird, für zwei Jahre die gesamte Einwanderung zu unterbinden und alle Ausländer, die ihre ersten Einbürgerungsdokumente widerrufen haben, um dem Militärdienst während des Krieges zu entgehen, zu deportieren.

Englische Teuerungsmassnahmen.

Aus London wird gemeldet: Die Bewegung zur Beschränkung außerordentlicher Gewinne dehnt sich allmählich aus. Nicht nur in London, sondern auch in sehr vielen Provinzialstädten werden öffentliche Märkte eingerichtet, wo überhandnehmende Waren zu festen Preisen verkauft werden, die sich erheblich unter dem Ladenpreis bewegen.

um sofort die Leitung eines ganzen Betriebes erfolgreich in die Hand nehmen zu können. In einzelnen Fällen mag ein solches Experiment gelingen, wo es aber mislingt, da wird die Erfahrung Hunderte und Tausende auf Spiel gesetzt.

Wir müssen aber auch weiter zugeben, daß gerade durch die unabhängig-kommunistische Agitation eine gesunde Lösung des Betriebsratsproblems aufs äußerste erschwert wird. Denn diese Agitation lenkt die Arbeiter und ihre Organe in den Betrieben von ihren eigentlichen Aufgaben ab und macht sie für sie unfähig, statt sie sachlich auf sie vorzubereiten. Eine Betriebsratswahl, die noch Art einer partiipolitischen Parteiwahl geföhrt wird, ist Unsinn. Die Arbeiter und Angestellten müssen vielmehr mit ruhigem Bedacht aus ihrer Mitte diejenigen Mitglieder herausfinden, die für die Interessen der Arbeiter im Betrieb des Betriebes innerhalb des Berufs, des Berufs in der Volkswirtschaft und schließlich für die Notwendigkeiten der ganzen Volkswirtschaft den klarsten Blick besitzen. Das Schicksal der Betriebsräte wird also abhängen von ihrer sachlichen Bewährung, von der Arbeit, die sie im Interesse ihrer Mitarbeiter und des gesamten arbeitenden Volkes zu leisten imstande sind. Die unabhängig-kommunistische Agitation bedeutet daher eine direkte Gefahr für sie.

Wer sich nicht von den wild herausgebrüllten Schlagworten: „Anarchie des Kapitols! Arbeiterkollaps! blind und blind machen läßt, der weiß, daß eine gesunde Entwicklung des Betriebsratswesens niemandem mehr am Herzen liegt, als uns Sozialdemokraten. Nichts Lieberes kann uns passieren, als wenn sich die Betriebsräte in der Wirklichkeit so bewähren, daß die Unberuflichkeit des Unternehmens erwiesen wird. Aber der einzelne Betrieb und das Ganze müssen dabei vorwärts kommen. Das ist nur möglich, wenn sich der Betriebsrat aus den intelligentesten, umsichtigsten, sachkundigsten Angehörigen des Betriebs zusammensetzt.

In diesem Sinn wollen wir für die gezielte Ausgestaltung und die künftige Handhabung des Betriebsratswesens arbeiten. Das von Seines wegen etwas gefährlich muß, wenn der Narr nicht immer nur noch tiefer in den Dreck geraten soll, liegt auf der Hand. Denn die Dinge stehen heute so, daß man bald sagen kann: „Die Räte und kein Rats!“ Der Zentralrat, der vom allgemeinen Räteföhrer abstammt, ist, wird von den Unabhängigen und Kommunisten nicht anerkannt, in Berlin steht Vollzugsrat gegen Vollzugsrat, der eine schreibt über den Kopf des Zentralrats und des anderen Vollzugsrats Wahlen aus, der andere rät mit Recht von der Vereinerung an ihnen ab, und so geht es Hü und Hott, daß sich bald kein Mensch mehr in den Durcheinander auskennt.

Ordnung kann in diesem Chaos nur durch das Gesetz gebracht werden. Die vorgeschlagene Ausgestaltung des der Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwurfs über die Betriebsräte ist die nächste Aufgabe, der sich die Arbeiter mit dem größten Eifer widmen sollen. Die zweite ist, die gezielte Betriebsratswahlen ins Auge zu fassen, die in diesem Herbst oder Winter stattfinden werden und sich für sie so geistig vorzubereiten, daß das neue Schiff, das vom Stabel gelassen werden soll, auch wirklich schwimmen kann.

So geht es! Anders geht es nicht!

Der unabhängig-kommunistische Kumpfvollzugsrat erhebt noch einen bombastischen Aufruf, in dem er behauptet, der einzig „rechtmäßige“ zu sein und gegen den anderen Vollzugsrat mächtig vom Seber zöht. Inbes scheint es, daß die Weidungen zu seinen Wahlen Arbeiterratswahlen nicht nach Wunsch und Erwartung einlaufen, denn der Termin für sie wird um einige Tage verlängert.

Der Kumpfvollzugsrat fordert die Arbeiter und Angestellten auf, „unbeteiligt und unerschrocken“ an die von ihm vorbereiteten Wahlen heranzugehen. Gegenüber dieser heldenhafte Pose ist zu bemerken, daß gar keine Courage dazu gehört, sich vom Kumpfvollzugsrat für seine wilden Wahlen „erlösen“ zu lassen. Die Dinge liegen, nüchtern betrachtet, so, daß diese ganze Erfindung ein Luftschiff ist und daß es schade um die Zeit ist, die an sie verwendet wird. Das Ganze ist eine Privatveranstaltung.

Taylor.

(Vergleiche Morgenblatt des „Vorwärts“ vom 29. Juli d. J.)

Der Name Taylor droht sich zum Schlagwort zu entwickeln. Allerdings steht etwas hinter diesem Namen, aber es geht um das Wesen des Schlagwortes, daß der Begriff, von dem es ausgeht, von beiden Parteien verzerrt und verhöhnt wird. Das geschieht mit dem Taylorismus.

So wurde im „Vorwärts“ kürzlich Taylorismus mit Arbeitsleistung gleichgesetzt, während diese eine wirtschaftliche und technische Erscheinung ist, die in Taylors System überhaupt nicht vorkommt, die wir auch ohne ihn haben. Gegen sie können wir nicht ankämpfen, sondern ihr nur ihren Stachel nehmen. Sicher ist auch die erste Arbeitsleistung, nach der der Mensch nicht mehr seinen eigenen Bedarf an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Verkehr und Waffen selbst fertigt, belämpft worden, denn der Mensch wurde nun von anderen abhängig, er wurde spezialisiert, also „einfach“. Das hat ihm insofern nicht geschadet und überhaupt erst die Entwicklung einer Zivilisation ermöglicht. Sind unsere spezialisierten, gelehrten Arbeiter nicht die gebildeten, die zuerst organisiert und politisch reif waren?

Überbings will das Taylorismus eine neue Art Arbeits-Teilung, denn es will jedem Arbeiter die Arbeit geben, für die er sich nach Charakter und Begabung besonders eignet. Es soll deshalb keiner zu einer „niedrigeren“ Arbeit verwendet werden, der zu einer „höheren“ fähig ist. So, es zeigt sich sogar, daß der Begabung zu der niedrigeren Arbeit weniger geeignet ist, daß es also doppelt unrationell ist, ihn bei ihr zu belassen. Die „robusten Hände und Köpfe und die Reges“ für die das Pseudotaylorismus erdacht sein soll, werden nur für die Arbeiten verwendet, bei denen Körperkraft erforderlich ist, alle für Aufgaben, Tragen, Graben usw., sie werden es aber nur auf Grund genauer Beobachtung jedes Einzelnen. Man behandelt selbst diese Arbeiter individuell, man läßt sie ganz allmählich dazu, ihre Arbeitskraft nicht zu vergeuden, sondern vernünftig anzuwenden, und so erreicht man ohne jeden Zwang, daß sie das drei- bis vierfache leisten und dabei nicht nur weniger ermüden als zuvor, sondern auch zufriedener sind, weil ihnen die Arbeit leichter wird und sie mehr verdienen als vorher. Man will sie also weniger anstrengen, und es ist deshalb ein eingehendes Studium des Arbeitsvorganges im allgemeinen und des einzelnen Arbeiters erforderlich, um das für ihn richtige Benutzen zu ermitteln. Erreicht er dies Benutzen auf dem ihm geeigneten Wege, so erhält er eine tägliche Rente. Man will also keine Höchstleistung, wie sie durch Kollaborat erzielt wird, bei der es jedem Arbeiter freisteht, durch unvernünftigen Raubbau an seiner Körperkraft sein Verdienst zu steigern, bis sich dies Verfahren durch Eintreten seiner Arbeitsfähigkeit rächt. Vielmehr wird erreicht, daß die Gesamtarbeitsleistung während seines Lebens möglichst hoch wird, daß er möglichst lange arbeitsfähig und unverbraucht bleiben soll. Mit der allmählichen, vorzichtigen Einführung des Taylorismus ging deshalb nie eine Herabsetzung der Arbeitszeit einher, weil man fand, daß dies eine der Vorbedingungen höherer Leistungen war.

die dazu bestimmt ist, nach mehr Spottung und Vergewaltigung in die Arbeiterkassette zu bringen, und weiter nicht!

Der Vorsitzende des Zentralrats, Gen. Max Cohen, wendet sich in einer Rede an die „Freiheit“ gegen den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission, in dem es mit Bezug auf das Vorgehen des Berliner Vollzugsrats heißt:

„Der Zentralrat der Arbeitervereine Deutschlands hat auch deshalb entgegen sonstiger Maßnahmen einzelner Gruppen bekanntgegeben, daß sich dieser Forderung der Wähler die Befähigung anschließen hat.“

Cohen bemerkt hierzu, daß diese Behauptung in keiner Weise den Tatsachen entspreche. Nirgendwo habe der Zentralrat irgend etwas öffentlich bekanntgegeben, das sich in der Weise deuten ließe, wie es in dem erwähnten Brief geschieht.

Die Wochenhilfe.

Unser Bericht über die Sitzung vom Dienstag, dem 16. August, hat unter dem Heubermah an Verhandlungsstoff und dem Mangel an Raum keine Notiz von der Beratung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge genommen. Da es sich hier um eine praktische Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Interesse des werktätigen Volkes handelt, halten wir es für notwendig, diesen Bericht noch nachträglich zu bringen.

Verichtshatterin Frau Abg. Schroder (Soz.): Die Antragsteller wollen die Wochenhilfe der Krankenversicherung angliedern, um so schnell wie möglich den im Interesse der Volksgesundheit unbedingt nötigen Erlass für die Krankenspenden zu schaffen. Die Mitglieder des Ausschusses hätten gewünscht, bedeutend weiser als der Entwurf gehen zu können; es scheiterte dies aber an der finanziellen Notlage des Reiches sowie der Krankenkassen. Immerhin sind einige Verbesserungen dahin erzielt worden, daß die Wochenhilfe für zehn Wochen gezahlt sowie der Beitrag zu den Kosten der Schwangerenunterstützung von 10 auf 25 Mark erhöht wird. Ebenso wie die Beiträge zur Einbindung bereits laut Entwurf von 26 auf 50 Mark erhöht worden war. Die Kosten für die verschiedenen Familienmitglieder der Versicherten sollen zur Hälfte vom Reich getragen werden, ebenso wie diese die Hälfte für die nicht versicherten mütterlichen Familienmitglieder übernimmt. Der Ausschuss ist sich ebenso wie die Antragsteller darüber einig, daß dieses Gesetz nur eine Reihenfolge darstellt, und daß aus Anlaß einer Reorganisation der Reichsversicherung alles daran gesetzt werden muß, eine durchgreifende Kranken-, Familien- und Familienversicherung zu schaffen. (Dravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Weber (Centr.): Das Gesetz bedeutet ein Stück Gerechtigkeit und Liebe für unser Volk. Die Not des Reiches hindert, noch mehr zu tun.

Abg. Frau Noh (Dem.): Unverständlich bleibt, weshalb das Gesetz von den beiden Reichsparteien in solcher Eile vorbereitet und überhastet den Parteien vorgelegt wurde. Jede Partei wird gern mitarbeiten. Ein gesundes Volk, das tüchtige Arbeit leistet, brauchen wir, und dazu dient das Gesetz.

Abg. Frau von Gierke (Nat.): Die durch die Vorlage herbeigeführten Fragen sind so schwierig und wichtig, daß man sie nicht zur Regierung gehören Parteien nicht vor vollendeten Tatsachen stellen darf. Den Grundgedanken erkennen wir an.

Abg. Frau Jek (N. Soz.): Wir wünschen eine umfassende Mutter- und Familienversicherung. Der vorliegende Gesetzentwurf hat uns enttäuscht; ihm fehlt jeder große Hauch, es ist ein unvollkommenes Nachwerk. Der Gesetzentwurf muß möglichst schnell einer gründlichen Reform Platz machen. Die Arbeiterkassen sind sich einig, was die Rationalisierung ihrer Vorkosten ist. (Lärm.)

Abg. Frau Wende (D. Sp.): Die Arbeiterinnen, die die Wohltaten des Gesetzes erfahren, werden in die Angriffe der Frau Jek auf die Rationalisierungsmaßnahmen nicht einstimmen. Wir möchten alle schon mehr geben, aber wir können es nicht.

Abg. Frau Schroder (Soz.): Mit den sachlichen Forderungen der Frau Jek stimmen wir grundsätzlich überein; wir wollen aber, daß sie heute unerfüllbar sind. Selbst der einzige, in Krankenkassenfragen unabhängige Kollege der Frau Jek, Herr Kraus, hat ihre Forderung der ungenügenden Bestimmungen im Augenblick für undurchführbar erklärt. Die Forderung der Deutschnationalen Fraktion, das Gesetz zeitlich zu begrenzen, lehnen

unser Schlagwortbekämpfer sagte: „Niemand braucht mehr eine langwierige Lehrzeit“. Wo nicht's demit in Wirklichkeit? Schon ein Roboterarbeiter wurde bei seiner seit Jahren gewöhnlichen Tätigkeit durch einen Lehrer so lange angeleitet, bis er selbständig in der richtigen Weise arbeitete, und dann ließ man ihn nicht aus den Augen, sondern man setzte ihm statt einer schroffen Aufsicht einen freundlichen Berater.

Am einen ganzen Fabrikationsbetrieb umzustellen, brauchen Taylor und seine Mitarbeiter 4-5 Jahre. Sie studierten nicht nur den Menschen, sondern auch sein Werkzeug. Sie fanden durch lange Versuche die beste Geschwindigkeit für eine bestimmte Maschine, die beste Form des Handwerkzeuges und feststellten dann die Normalleistung mit diesen Mitteln fest. Erst als alles das bekannt war, suchten sie ganz allmählich einen Arbeiter nach dem andern für sich zu gewinnen und erreichten dabei nicht nur höhere Leistungen, sondern auch — und das war ihnen nicht Nebenbei — ein Vertrauensverhältnis der Arbeiter zur Leistung. Streits wurden eine unbekannte Erscheinung.

Es ist eine gefährliche Arbeitsteilung, wenn man dem Arbeiter sein Material nicht so bringt, daß er sich weder hüten noch für jeden Stein zwei Schritte geben muß, wenn er die Zielgerichte zu geordnet vorfindet, daß er die Hände mit den schönsten Rauten nicht selbst zu machen hat, wenn man ferner sein Werkzeug und sein Werkzeug so verändert, daß er schließlich statt 120 in der Stunde 350 Umdrehungen verliert? Das Taylorismus lehrt also handhaben mit der Kraft des Menschen wie der Maschinen und bedeutet nicht nur eine Besserung der Quantität, sondern prämiiert gleichzeitig, wo es nur möglich ist, auch die Qualität.

Taylor selbst weist aber auch auf die Gefahren hin, die entstehen, wenn jemand die Hauptleistungen des neuen Systems anwenden will, ohne die Ideen, die ihm zugrunde liegen, anzunehmen und Arbeitgeber müssen zusammenarbeiten. Das gegenwärtige Verhältnis muß sich ändern. Dazu ist es erforderlich, daß der Arbeiter einen entsprechenden Anteil an seiner Mehrleistung erhält, während der Hauptanteil nicht dem Arbeitgeber, sondern der Allgemeinheit zugute kommt, die auf diese Art billiger und reichlicher Produkte erhält. Dieser Gedanke wird am besten veranschaulicht, wenn mit der Einführung des Taylorismus die Sozialisierung der Betriebe erfolgt und damit der Mehrertrag, soweit er nicht dem Arbeiter zufließt, ganz der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Sinnweisen möchte ich auch darauf, daß auch wir Deutschen im Sinne Taylor gelehrt haben bei der Auswahl von Käufern, Kraftwagenführern usw. Ein guter Mechaniker wird durchaus nicht immer ein guter Chauffeur sein, und ein guter Chauffeur braucht nicht ein guter Mechaniker zu sein. Für ihn genügt ein Durchschnittsmann, was er aber braucht, ist Geduld, gegenwärtig, wissenschaftlich gewonnen: eine lange Reaktionsdauer. Diese läßt sich durch Versuche feststellen, und so kann man vor der eigentlichen Ausbildung bereits alle ungeeigneten Elemente ausschalten.

In den Schweißtrüppchen wurden sogar die verschiedenen Reaktionszeiten der einzelnen Beobachter bei bestimmten Reaktionen in Rechnung gestellt; einzelne wurden durch immer wiederholte Versuche die geeigneten Leute herausgefunden und unter Aufsicht ge-

wir ab, da wir nicht wissen, wie die Zusammenfassung des Reichstages am 31. März 1921 ist.

Das Gesetz wird hierauf mit kleinen Änderungen in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Seine Vorzüge sind in einem besonderen Artikel im „Vorwärts“ in gedrängter Darstellung zusammengefaßt werden.

Dem kleinen Herrgott im Havelland.

Herr Ribbed auf Ribbed im Havelland gehört zu demjenigen Junkern im Havelland, denen der Kabe in der Kurze wohl an die Herzen ging, die sich aber heute ganz lieblich erhebt haben. Noch heute läßt Herr Ribbed auf Ribbed wie ein mittelalterlicher Junker durch die Welt und die Reize der Welt ist der ihm wieder Zeiten der Zeit. Prügelstrafe war bei dem Herrn — und nicht allein bei ihm — gebräuchlich. Wir wissen von einem Fall, wo Herr Ribbed im Herbst vorigen Jahres die Frau eines Vorrichters bezarrt geschlagen hatte, daß die Mißhandlung acht Wochen lang das Bett hüten mußte. Heute teilen uns die Genossen aus Ribbed folgenden Vorfall mit:

Die Arbeiter Geizel und Randau, die bei Herrn Ribbed beschäftigt sind, hatten am Sonntag, dem 17. August, vom Spielraum eines Gewinns einige Kugeln „gerappt“, als sie den Kletterer Ribbed, in seinem Wagen beherkommen sahen. Sie fürchteten sich, wie meiland das erste Menschenpaar im Garten Eden, vor seiner göttlichen Herrlichkeit und verhielten sich hinter einer Hecke, bis sie Ribbed sah, daß er doch an Ort und Stelle bringen, sie aus und verprügelte: er habe, bis sie ruhig am Boden lagen. Besonders schlimm ist Randau zugerichtet worden. Die Mutter des Mißhandelten nahm die mit Blut durchstränkten Kleider und ging zu dem Prügelfürken, von dem sie die tröstliche Antwort erhielt: Das geht wieder auszuwaschen. Als Angehörige des Herrn Ribbed für die Schadensweise wissen wollen, antwortete Herr von Ribbed: „Diebstahl. Und wenn man was von ihm wollte, möchte man ihn verhängen.“

Herr Ribbed auf Ribbed scheint eine höchst eigentümliche Rechtsauffassung zu haben.

Der einzige Herr hat sich folgender Vorfall abgespielt, der ein höchst merkwürdiges Licht auf die Moral besagten Junkers wirft.

Herr von Ribbed auf Ribbed im Havelland braucht Rebl, hat aber keine Karren und wendet sich an den Bäckmeister Kraus in Ribbed, der ihm den Vorschlag macht, ihm 20 Zentner Roggen zu leihen, wofür er dem Ribbedischen Mißhandlungsfall genügen könnte. Herr Ribbed geht darauf ein. Die 20 Zentner Roggen langen an, aber auch ein Vertreter der Kreisförsterei des Kreises Westhavelland, der den Roggen, weil der Vermutung Raum gegeben werden möchte, es sollten Schiebergeschäfte betrieben werden, beschlagnahmt. Bis hitherto geht alles seinen gewöhnlichen Gang. Inzwischen wurde die Affäre erst, als sich Herr Kraus an die Kreisförsterei wandte, um zu retten, was zu retten war. Herr Kraus erhielt nämlich aus Rathenow folgenden Bescheid:

Im Auftrag des Herrn Landrats teilen wir Ihnen mit, daß Sie für den bei Ihnen beschlagnahmten Roggen keine Bezahlung erhalten werden.

Von einer Bezahlung will der Herr Landrat auch die Preisfrage des Herrn von Ribbed bei Ihnen absehen.

Das Ganze klingt fast wie eine Komödie. Und sagt Herr von Ribbed das faule Gedicht an. Nachdem das arme Kamel, hockig gesessen ist, legt der Mißhandelte und Mißhandelte Ribbed beim Bescheid ein 4148 Mark ein, damit Kraus so mit einem blauen Auge davonkommt. Es geht nicht über ein harmonisches Verhältnis. Man muß das mit Verständnis. Es ist aber an der Zeit, daß die dummen Stuben auf dem Lande mal gelüftet werden.

Vorbereitung zum internationalen Bergarbeiterkongress. Nach dem Anstehen der „Telegraph“ findet im Hinblick auf den geplanten internationalen Bergarbeiterkongress am Montag, dem 26. August, eine sozialistische Vorrede statt, an der sich auch drei Vertreter Deutschlands beteiligen werden.

Beimehr der Wladimirarmee. Der erste Transport der Wladimirarmee, der Wien auf der Seinslebe nach Deutschland verläßt, trifft heute dort ein. Die Armee ist 50 000 Mann stark.

halten. Diese Versuche waren für einzelne durchaus nicht lästig, sondern konnten ganz interessant gestaltet werden.

Zum Schluß: Taylor bedeutet für unseren Wirtschaftskörper kein schnelles Hilfsmittel, und viele, die sein System jetzt im Grunde sähren, würden verkommen, wenn sie sich die Zeit und Arbeit sparen, die es erfordert. — Aber es ist ein Weg, den wir gehen können und müssen, und unter es ist doch besonders geeignet, weil Taylorismus und Sozialisierung für einander arbeiten werden.

Wir Deutsche aber müssen unserem Wesen noch mehr weihen, wenn diese Zeit der Massenphobie überhanden ist. Wir müssen zum Ausgleich der mechanisierten Arbeit dem Arbeiter innere Werte geben und auch diese nicht in der Weise, wie bisher Kunst, Wissen, Religion von oben her populärisiert wurden, sondern mit verständiger, liebevoller Erziehung des Einzelnen nicht mit dem Kopf, sondern mit dem Herzen.

Dr. Ing. Kurt Ehrenberg.

Fröhliche Wissenschaft.

„Fröhliche Wissenschaft“ ist eine der lieblichsten und wertvollsten Bücher, die es aus dem „geni sader“ des Neudruckes des 14. Jahrhunderts bedeutet hat. Er nennt diese vorwiegend literarischen, praktischen Menschen, denen Europa für den Ausdruck „Fröhliche Wissenschaft“ zu großem Dank verpflichtet ist. Fröhliche Wissenschaft kann auch Deutschland jetzt wieder aufzurichten helfen, denn sie bedeutet noch Rhythmus die „Naturalien eines Geistes“, der einen fürchterlichen langen Druck geduldig widerstanden hat, ohne Hoffnung, aber ohne sich zu unterwerfen, und der jetzt mit einem Male von der Hoffnung angefallen wird, von der Hoffnung auf Gesundheit von der Trunkenheit der Genesung! — Was können wir unserem armen Vaterland in seinem gegenwärtigen Zustande Besseres wünschen? In diesem Sinne dürfen wir heute auch Herder zitieren, der schon 1793 angestrichen hat: „Müde also zum ersten Strahl der neuen politischen Morgenröte in Europa! Sie hat den schönen Namen die fröhliche Wissenschaft! Möchte sie diesen immer wert sein!“ Wenn wir jetzt mit einer Erneuerung der fröhlichen Wissenschaft rechnen dürfen, wäre Ausflucht vorhanden, daß Europa, daß Deutschland sich von der Erschöpfung des langen Krieges eher wieder erholen könnte.

Notizen.

— Offenbach, Febr. Zum Gedächtnis des 100. Geburtstages finden in Deutschen Opernhause vom 27. bis 31. August folgende Offenbach-Aufführungen statt: „Schwäpelin von Saragossa“, „Die schöne Helena“, „Orpheus in der Unterwelt“, „Hoffmanns Erzählungen“.

— Die Berliner Stadtbibliothek wird demnächst die ihr vermehrte Bibliothek Ernst von Wildenbruchs überreichen. Die Sammlung wird zusammenbleiben und in zwei besonderen Räumen mit der Einrichtung von Wildenbruchs Arbeitszimmer angefaßt.

Eine englische Kundgebung.

Keine Verfassungsänderung im besetzten Gebiet.

Der britische Militärgouverneur erläßt folgende Bekanntmachung: Es wird hierdurch bekanntgegeben, daß, solange die britische Militärbehörde die Kontrolle über das von den britischen Truppen besetzte Gebiet ausübt, keine Veränderung der deutschen Verfassung dieses Gebietes erlaubt wird, und daß keine neue Autorität ohne vorherige Genehmigung der britischen Militärbehörde anerkannt wird. Jede Person, die gegen diese Bekanntmachung verstoßt oder einer solchen Handlung Hilfe leistet, setzt sich der Gefängnisstrafe oder der Ausweisung aus dem besetzten Gebiete oder beiden Strafen aus.

Einkschwengung der italienischen Sozialdemokratie.

Aus Mailand wird gemeldet: In der italienischen Sozialdemokratie tritt die Tendenz, den Geist des Sozialismus nach Westen zu verlegen, immer deutlicher zutage. Heute wird die Macht in den sozialistischen Lagern Italiens nur durch eine extreme Gruppe vertreten, die hofft, auf dem Parteitag, der vom 7. bis 10. September in Bologna stattfindet, die bisherige Isolation der Sozialdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates durch ein ausgesprochen revolutionäres Programm zu ersetzen. Nicht mehr die Umgestaltung des bürgerlichen Staates nach dem Sinne des Parteiprogramms der vier Jahre gilt als Ziel der Partei, sondern die Erreichung dessen durch die Diktatur des Proletariats. Die italienischen Sozialisten lehnen den Parlamentarismus gänzlich ab und fordern die Ausübung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt durch die Arbeiter. Trotzdem wollen sie ihre Vertreter ins Parlament senden, um propagandistisch zu wirken. Die Kandidaten sollen vor der Wahl ein bindendes Bekenntnis für den Kommunismus ablegen und sich auf das gebundene Mandat verpflichten. Es besteht kein Zweifel, daß diese Auffassung auf dem Parteitage siegen wird.

Eine große Wafferverschiebung aufgedeckt.

Die „Vindener Zeitung“ berichtet, wurden am vergangenen Mittwoch durch einen Berliner Polizeikommissar in einem kleinen Hotel drei Schilde festgenommen, die beschlagnahmten 90 000 Gewehre der Heeresverwaltung an Bevollmächtigte der polnischen Regierung zu verkaufen, und zwar mit Hilfe von Berliner Mittelpersonen. Die Verhafteten sind der Jungfeldwebel Meyer vom hiesigen Artilleriedepot, ein gewisser Brand aus Ebersdorf und Wasserflug aus Berlin. Bei dem Geschäft handelte es sich um einen Gewinn von über 2 Millionen Mark für die Beteiligten. Nach ihrer Vernehmung bei der hiesigen Polizeibehörde werden die Verhafteten nach Berlin transportiert werden.

Der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie.

Ueber die Differenzen in der Berliner Metallindustrie haben im Laufe des gestrigen Tages vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Schiedspruch geführt haben. Wenn auch den Wünschen der Arbeiter nur zu einem Teile Rechnung getragen worden ist, so sind doch die Differenzen nicht mehr so groß, daß es deswegen zur Arbeitsminderung kommen dürfte. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Spruchs muß bis zum 27. d. Mts. erfolgt sein. In einer Versammlung am kommenden Dienstag werden die Arbeiter zu dem Schiedspruch Stellung nehmen. Ueber den Inhalt des gefällten Spruchs werden wir in unserer nächsten Ausgabe berichten.

Einwanderungsverbot für Australier. Nach einer Neuermeldung aus Melbourne soll das australische Einwanderergesetz dahin abgeändert werden, daß alle Personen feindlicher Herkunft oder Nationalität für die Dauer von fünf Jahren nicht nach Australien zugelassen werden dürfen. Ein diesbezüglicher Antrag ist bereits im Repräsentantenhaus eingebracht worden.

Berichtigung. In unserer Notiz „Rette Schmirgeld“ ist fälschlich ein Beispiel für den Wert des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.

Industrie und Handel.

Värie.

Der ungünstige Abschluß des Eisen- und Stahlwerks Bösch wurde in seiner Wirkung durch die letzte Besserung des Marktes in der Schweiz und die etwas besseren Nachrichten aus Oberitalien ausgeglichen. Das Geschäft war zwar noch nie so sehr still, die Haltung indes widerstandsfähig. Auslandsvertrieb gab es nicht mehr, außer Kanada und ausländische Exporte. Kriegsanleihen fehlen zwar mit 78%, ein, erholten sich aber im späteren Verlauf auf 79 Proz. Im Anschluß hieran waren auch die älteren heimischen Anleihen etwas fester. Am 20. Juni kamen jetzt deutsche Auswanderer, Gellenkischen, Königs- und Rheinisch-ellere Tendenz, dagegen waren Lothringer Hüften, Bismarckhütte und Obereschleffe Eisenindustrie schwächer. Auch Schiffahrtswerte gingen um 1/2 Proz. zurück. Von Eisenexporten waren 11,6 Proz. begeben und seit im übrigen waren die Ausfuhrerwartungen gering.

Zur Haufe am Häute- und Ledermarkt.

Aus Kreisen des Lederhandels wird uns geschrieben: Die Haufe am Häute- und Ledermarkt hat derzeitige Dimensionen angenommen, daß es den Lederhändlern schwer fällt, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Wenn die Jährlingente auch für das fertige Leder, das sie aus ihren frühesten Sammelbeständen jetzt fertigt, einen sehr hohen Preis erzielen, so ist das Risiko bei den vorgetriebenen in der L. Berliner Häute-Auktion geschätzten Rohhautpreisen, die sich für das Pfund rohe Haut auf 10 bis 12 Mark stellen, ein so großes, daß unsere großen Lederfabriken der Ansicht sind, ihre Betriebe einstellen zu müssen, wenn die Rohhäute die Höhe behalten. Auch der Ledergroßhandel ist entsetzt, um den Marktpreisen in Leder nicht Vorstoß zu leisten und in Anbetracht des großen Risikos — kostet doch heute ein 100-Zentner-Wagon Rohleder 170 000 Mark, bis 180 000 Mark gegen 12 000 Mark im Frieden — die hohen Preise für fertiges Leder nicht zu zahlen, sondern lieber ihr Geschäft zu schließen. Die erachteten hohen Preise für Rohwolle können diesen hohen Stand, nach Ansicht der Interessenten, nicht behaupten, obgleich die Wollknappheit und andere Wollwolle leider sehr schlecht steht.

Es ist klar, daß die vorgetriebenen auf der Berliner Auktion gezahlten hohen Preise-Auktionen der von Amerika angehenden Haufe sind. Die Gefahr ist für die Jährlingente und den Handel sehr groß. Die Aufregung in der ganzen Lederindustrie wird sich erst legen, wenn wir, was fertige Jährlingente und Großhändler sicher annehmen, wieder annehmbare Preise für Rohhäute und fertiges Leder bekommen.

Groß-Berlin

Die Milchversorgung für Groß-Berlin.

Die Schwierigkeiten in der Milchversorgung Groß-Berlins sind trotz der Kommunalisierungspläne der Reichstellen noch lange nicht behoben, vielmehr dürften ernste und tiefgehende Differenzen erst in den nächsten Tagen auftreten.

Die Meierei Völle ist seit dem gestrigen Tage in den Besitz der Reichstelle Groß-Berlin übergegangen, die nun von hier aus die Zentralisierung der Milchversorgung vornehmen will. Man beabsichtigt, zunächst einmal, um das große Personal zu beschäftigen, den Bestand der Milch durch Käse in großzügiger Weise zu organisieren. Die einzelnen Verkaufsstellen der Meierei Völle sollen dabei als Stütz- und Sammelpunkte dienen, um von dort aus den Kleinhandlern die Ware, wieder zuzuführen. Die bisherige Geschäftsleitung dürfte allerdings kaum im Amte bleiben, da die Arbeiter der Meierei in einer gestern abend abgehaltenen Betriebsversammlung, in welcher man die Kommunalisierung des Milchwesens als die „einzige mögliche Lösung“ bezeichnet, den bisherigen Direktoren ein scharfes Mißtrauensvotum aussprach. — Die Verhandlungen zwischen der Reichstelle und der Meierei sind gestern abend ergebnislos abgebrochen worden. Die Reichstelle kündigte der Geschäftsleitung an, daß man heutigen Freitag um 11 Uhr an die Meierei Völle offiziell von ihr übernommen werde. Gegen diese Maßnahme konnte die Diktation selbstverständlich nichts einwenden. Die Reichstelle verhandelte dann über die Höhe der Entschädigung für die Aktionäre der Meierei. Man hat für den ganzen Betrieb, der mit allem Inventar ein Kapital von 7 bis 8 Millionen Mark repräsentiert, eine jährliche Entschädigungssumme von 150 000 Mark an. Dieses Angebot wurde von der Diktation abgelehnt. Es soll nun eine Schätzung der gesamten Baukosten, Maschinenanlagen, des Fuhrparks, Materialbestands usw. durch eine Sachverständigenkommission stattfinden.

In den nächsten Tagen dürfte auch die Übernahme der Milchzentralfabrik am Viktoriapark und der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten erfolgen, da die Betriebe die Forderungen der Arbeiter nicht zu erfüllen vermögen. Die Schwierigkeiten für die Reichstelle Groß-Berlin dürften jedoch erst beginnen, wenn die Verhandlungen mit den ländlichen Produzenten beginnen. Bekanntlich haben die Landwirte bereits zur Frage der Kommunalisierung des Milchhandels Stellung genommen und haben dabei nicht verhehlt, daß sie Abwandsmaßnahmen in entsprechender Weise beantragen würden. Die Milchversorgung Berlins dürfte deshalb in der nächsten Zeit noch ganz erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Werkstätten für die Neuwahl der unbefol deten Gemeindevorstandsmitglieder im Kreise Niederbarnim.

1. Die Neuwahl findet nach dem Beschlusse des Kreiswahlausschusses am Donnerstag, den 4. September d. J., statt. Wo dazu besondere Verhältnisse die Wahl bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, kann sie bis zum 30. September hinausgeschoben werden.
2. Zu wählen sind nur die unbefol deten Gemeindevorstandsmitglieder. In den Gemeinden, die nur zwei unbefol dete Schöffen haben, ist auch ein Sachverständigenrat zu wählen.
3. Die Wahlen der unbefol deten Schöffen gehen nach der Verhältniswahl vor sich. Der Gemeindevorsteher und der Sachverständigenrat wird nach dem Mehrheitsprinzip gewählt.
4. Als befol dete Gemeindevorsteher gelten alle hauptamtlich Angestellten, die eine Dienstausübungsdauer von mindestens zwei Jahren in ihrer Höhe einem vollen Gehalt gleichkommen. Für diese Personen erfolgt eine Neuwahl nicht, selbst wenn die Gemeinde unter 2000 Seelen zählt. In Zweifelsfällen entscheidet der Regierungspräsident.
5. Bei den diesmaligen Wahlen hat der Gemeindevorstand kein Stimmrecht. In der Gemeindevorstandsmehrheit oder einer der Schöffen aber zugleich gewähltes Mitglied der Gemeindevorstandsmehrheit, so steht ihm als solchem das Stimmrecht zu.
6. Der alte Gemeindevorsteher leitet die Wahlen und steht bezüglich der Durchführung und Vorbereitung derselben Vorsitzender mit allen Rat und Pflichten.
7. Ein Gemeindevorstandsmitglied, das zugleich Gemeindevorsteher ist, hat bei einer Abstimmung nur eine Stimme.
8. Die Wahlberechtigte werden erst zu Beginn der Sitzung eingereiht. Es ist zulässig, daß sich alle Parteien auf einen Wahlort einigen und diesen gemeinschaftlich einrichten.
9. Für die Wahlberechtigte dürfen in keinem Falle mehr Unterschriften gefordert werden als die Zahl der Wahlberechtigten dividiert durch 5 ergibt.
10. Beispiel: Besteht der Wahlkörper aus 12 Personen, so dürfen nicht mehr als 2 Unterschriften gefordert werden. Bei 15 Wählern 3 Unterschriften usw. Sich ergebende Bruchteile müssen nach unten abgerundet werden.
11. In den 4 oder 5 Orten des Kreises, in denen der Gemeindevorstand von der Gemeindeversammlung gewählt wird, muß eine Neuaufstellung der Wählerlisten erfolgen. Die Wähler müssen das 20. Lebensjahr erreicht haben und mindestens 6 Monate am Orte wohnen. Stichtag ist in diesem Falle der 1. Juli 1919.

Der Massenmörder von Falkenhagen.

Die Untersuchung über das Treiben des Schloßers Friedrich Schumann aus Spandau, der bisher des Mordes an dem Förster Pilchow und des Doppelmordes an dem Arbeiter Kiemitz und der Arbeiterin Reich überführt ist, zieht immer weitere Kreise. Die Kriminalpolizei prüft nicht nur alle in der Falkenhagener Gegend in der letzten Zeit verübten Verbrechen daraufhin, ob Schumann für diese in Frage kommt, sondern geht auch seiner ganzen Vergangenheit nach und untersucht auch, wo sich Schumann als Soldat und als Deserteur während des Krieges überall aufgehalten hat. Er hat bei mehreren Truppenteilen gestanden und war in verschiedenen Lagerten. Die Ermittlungen erstrecken sich nun darauf, ob nicht auch in jenen Lagerten, in denen er sich vorübergehend aufgehalten hat, bisher ungelöste Verbrechen, wie Morde, Raubüberfälle und Vergewaltigungen verübt worden sind. Festgestellt werden konnte bisher, daß er von Rauhain aus durch das Gebirgsregimentsgeschütz 101 wegen gefährlicher Körperverletzung gesucht wird.

Der jetzt festgestellte Doppelmord wurde bisher für eine Liebes- tragödie gehalten. Am 8. Juni hatte der 23jährige Arbeiter Kiemitz aus Wianenburg mit seiner Frau Martha Reich aus der Pustelstraße einen Ausflug gemacht, von dem das Paar nicht wieder zurückkehrte. Wenige Tage danach wurden die Leichen beider aus dem Falkenhagener See gefischt. Im Besitz Schumanns wurden nun eine Uhr und eine Krawatte gefunden, die nach Befragungen anderer Personen diese dem erkrankten Kiemitz gehört haben. Fremden leugnet Sch. fastmäßig, er gibt an, die Uhr von einem Unbekannten gekauft zu haben.

Der Raubmord an dem Arbeiter Lemm auf der Chauffee Spandau-Baum kann zweifellos auch auf das Konto des Schurken- brockers. Gestern abend meldete sich nach auf dem Berliner Polizeipräsidium ein Förster, der den Raubmörder gesehen hätte und der bei einer Gegenüberstellung mit Schumann diesen wiedererkannt hätte. Die Erwörung des Lehrers Paul ist wahrscheinlich auch von Schumann verübt worden. Die Beschuldigung, die von dem Mörder gegeben wurde, stimmt genau auf Schumann, insbesondere die großen Krugen, die damals bei dem Täter aufgefunden waren. Er hätte damals nicht nur den Förster Paul erschossen, sondern auch das Holzhaus, in dem sich Frau Paul mit ihrer Tochter befand, in Brand gesetzt, nachdem er vorher die Tür mit einem starken Nadel verbarrikadiert hatte, um den Insassen eine Flucht unmöglich zu machen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der internationale Zusammenbruch der Rätediktatur.

Die Versammlung in St. Gallen war von etwa 300 Personen besucht. Der Verlauf war ruhig. Genosse E. K. hielt das Referat. Daraus (siehe) sich eine fast zweiwöchige Diskussion, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten. Am Schluß wurde unsere Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Die Schöneberger Verfassung von dem 1200 Personen besucht. Referent war Genosse Bernuth. Der Verlauf der Versammlung war imponent. Die Resolution wurde gegen ganz wenige Stimmen angenommen. Kommunisten und Unabhängige versuchten wiederholt die Versammlung zu sprengen, kamen aber mit ihren Absichten nicht durch.

In Johannisthal referierte Genosse Schulz. Unabhängige und Kommunisten versuchten zunächst den Redner fortwährend zu unterbrechen, wurde aber nachher sehr ruhig, als ihnen die Ausführungen ihrer eigenen Theoretiker vorgelesen wurden. Die Diskussion währte circa eine Stunde. Im allgemeinen war der Verlauf der Versammlung sehr ruhig.

Zur Schlußrede in der Berliner Wahlversorgung. Auf die im Schluß des Artikels in Nr. 423 beiläufig an den Reichsernährungsminister gerichtete Frage: „Warum wird auch in diesem Jahr die Ernährungsfrage bei soidem Reichsüberblick?“ teilt das Reichsernährungsministerium uns mit, daß eine Frühdruckschritte in diesem Jahre nicht geplant wird.

Seinen Vetter erschossen hat gestern der 20 Jahre alte Grenzschutzbataillon Vetter vom Pionierbataillon Gradenstein. Vetter befand sich hier auf Urlaub und hatte seinen 19 Jahre alten Vetter Edmund Vetter in seiner Wohnung, bestehend aus 20 Quadratmetern, besucht. Bei dieser Gelegenheit zeigte er diesem viel Geld. Der Vetter machte eine abwehrende Bewegung und sagte zu ihm: „Lass doch das Schandgeld weg.“ Darauf erwiderte ihm der Soldat, daß er ja auch etwas anderes sehen könne, griff in die Tasche und holte einen Revolver hervor, knietzte damit herum und plötzlich kniete auch ein Schuß. Die Kugel drang seinem Vetter in die Hüfte und verriet ihn tödlich. Der Revolverbesitzer griff dann die Flucht an, entkam und wird jetzt gesucht. Er stammt aus Polen, spricht Deutsch, Polnisch und Russisch, ist 1,68 Meter groß und unterseht, hat dunkelbraunes Haar, einen dunklen Schnurrbart, große Hände und Füße und auf der rechten Wange einen Narbenstrich und trägt eine selbstgeknüpfte Uniform mit Wädelgamaschen und Zelmütze.

Töblicher Eisenbahnunfall. Gestern nachmittags kurz nach 3 Uhr geriet der Bahnarbeiter August Weber aus der Frankfurter Allee Nr. 208 auf dem Bahnhof Warschauer Brücke beim Ueberqueren des Bahngleises unter einen vorüberfahrenden Zug, der ihm den Kopf vom Hals trennte.

Eine Keltentafel mit 10 000 Mark erbeutete gestern ein D. Z. auf der Straße, Schneidemühl-Berlin. Er stahl dort einen Kaufmann aus Hofberg eine braune Lederhandschuh, die 10 000 Mark in fünfzig Marktscheinen enthielt. Als der Bestohlene den Diebstahl erfuhr, war der Dieb bereits ausgeflogen.

Nächtlicher Überfall auf einen Posten. Der Dragoner Carl von Pionier-Bataillon Reichswacht-Brigade 80, Friedrichshagen, wurde in der Nacht zum Donnerstag auf Köpenick von Unbekannten überfallen und so verletzt, daß er seinem Aufkommen gezwungen wird. Sein Bataillon liegt in einer Parade der Altkolonnen-Parade, Friedrichshagen-Bau-Sameran. Hinter der Parade waren mehrere Wagen der Kompanie aufgeföhren. Carl hörte an diesen Wagen Geräusch, konnte aber in der Dunkelheit nicht erkennen und ging näher heran. Da wurde er von hinten gepackt und so gewürgt, daß er seinen Faust hervorbringen konnte. Er wehrte sich vergeblich. Dabei gelang es ihm, einen Schuß abzugeben, der die Kommandanten in der Parade alarmierte. Als sie herausschickten, sahen sie nur noch Scherben im Walde verstreut, die unermant entliefen. Die Angreifer waren auf dem Dragoner, nachdem er ohnmächtig zusammengebrochen war, herumgeritten und hinter ihm schwarz Lederhosen verstreut beigedrückt.

Im Schneidergarten, am Friedrichshagen 24/25 beginnt am Sonntag ein große internationale Ringkampf-Veranstaltung.

Die Direktion des Städt. Volkstheater, um die letzten wöchentlichen Vorstellungen auszusagen, anzugeben, daß sie mit dem im Herbst beginnenden 10. Jubiläum der Berliner Arbeiterbewegung, die die Ende August dieses Jahres beginnt und bis bei der Direktion des Städt. Volkstheater, eingeladenen Anfragen, bitten darum an die jeweiligen Sachverhalte weitergeleitet werden mögen.

Neuheiten. In den Beschlagsmaßnahmen des Reichslicher Arbeiterzuges (siehe) und des dortigen Polizeipräsidium: Die Reichslicher Arbeiterzuges sowie verschiedene bürgerliche Zeitungen brachten vor einigen Tagen eine Notiz des kommunalen Arbeiterzuges, worin er seine angeblichen Erfolge auf dem Gebiet der Bekämpfung des Schleichhandels mitteilt und eine ganze Reihe von Beschlagsmaßnahmen anführt, die auf seine Tätigkeit zurückzuführen seien. Diese Notiz ist geeignet, das Publikum glauben zu machen, als ob der hiesige Arbeiterzuges bereit wäre, Beschlagsmaßnahmen vorzunehmen. Das ist keineswegs der Fall. Der Arbeiterzuges gibt lediglich Anzeigen, die ihm aus der Bevölkerung zugehen, an die Polizei zur Beerdigung weiter. Damit ist seine Tätigkeit in diesen Sachen erschöpft. Einzig und allein die Beamten des hiesigen Polizeipräsidium, die als Hülfshand der Staatsanwaltschaft gelten, und sich dementsprechend aufweisen können, sind berechtigt, bezügliche Beschlagsmaßnahmen vorzunehmen.

Das Publikum wird daher erneut gebeten, um Verzögerungen usw. bei derartigen Vorhaben zu vermeiden, (siehe) alle Anzeigen dieser Art bei dem nächsten Polizeipostamt oder beim hiesigen Polizeipräsidium, Zimmer 76, anzubringen. Anonyme Anzeigen können nicht beachtet werden.

Germshof. Aus der Gemeindeversammlung. Dem Antrag der Vertreter der E. B. D., die durch das Gesetz zugelassene Erhebung der Gemeindevorstandsmehrheit anzunehmen, wurde einstimmig zugestimmt. Der dabei entfallende Aufwand von 20 000 Mark soll von den Jährlingente mit einem Einkommen über 6500 Mark aufgebracht werden. Anmerkenswert ist die Tatsache, daß ein Führer der E. B. D., der die Stelle eines Sekretärs im Volksgarten bekleidet, die Unterzeichnung des Antrages abgelehnt hatte. Gegen die Eingensendung in Groß-Berlin beschloß die Versammlung Einspruch zu erheben. Bei der Beerdigung der Gedächtnisfeier der E. B. D. und der Beerdigung der „Hohen Hecke“ wandten sich die Genossen K. u. L. und K. m. d. z. (E. B. D.) jedoch gegen die von dem Gemeindevorsteher E. G. G. veranlassete Verhinderung dieser aufricht dringenden Angelegenheit. Der Herr ist wieder auf Urlaub gegangen, ohne für die Förderung der Sache während seiner Abwesenheit das Geringste beantragt zu haben. Er ist vielmehr der Ansicht, daß es ohne ihn nicht geht. Also möge man warten, bis er aus der Sommerfrische zurückkehrt. Genosse wie diese Gleichgültigkeit gegen lebenswichtige Interessen der Gemeindevorstandsmehrheit fand die Tatsache allgemeine Mißbilligung, daß die seit 4 Wochen beschlossenen Maßnahmen zum Wiedereinzug der Jährlingente nicht einmal zur Verwirklichung gebracht worden sind. Auf Antrag des Genossen N. m. d. z. wurde beschloffen, gegen die Festsetzung der Kleinrenten Einspruch zu erheben und zu verlangen, daß mit höherem Zinseszins die Erhebung der Kleinrenten solle. Schließlich gelangte ein Antrag des hiesigen Genossen zur Annahme, der mit Rücksicht auf die herrschende Notlage die Zulassung monatlicher Zahlung der Steuer fordert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wanzenburg 1. M. Sonnabend 5 Uhr bei der: Öffentliche Versammlung: „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland“, Referent Genosse K. K. Berlin.

